



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 538. Mittag-Ausgabe.

Siebentundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 16. November 1876.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Reichstages (15. November).

2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Herzog, v. Pommer-Ejche, v. Amsberg u. A.

Dem Hause ist eine Novelle zum Brauereigesetz, eine Uebersicht der Staatsüberschreitungen für 1875, sowie eine (fünfte) Denkschrift über die Ausfuhrung des Münzgesetzes zugegangen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Verathung des Landeshaushalts-Stats für Elsaß-Lothringen für 1877.

Zur General-Discussion bemerkt

Bundesbevollmächtigter Unterstaatssekretär Herzog: Der vorliegende Etat umfaßt nicht, wie der Etat des Reiches, nur das erste Quartal, sondern das ganze Kalenderjahr 1877. Es haben sich der Verlegung des Etatsjahres in den Reichslanden, namentlich in Rücksicht auf die Veranlagung der Steuern und der Etats der Gemeinden, Schwierigkeiten entgegengestellt, die zur Zeit noch nicht zu beseitigen gewesen sind; doch sind die Verhandlungen wegen Durchführung der Verlegung für den nächsten Etat noch keineswegs abgeschlossen. Der vorliegende Etat hat in allen seinen Theilen der Veranlagung und Begutachtung Seitens des Landesauschusses von Elsaß-Lothringen unterlegen und die Anträge desselben auf Aenderung einzelner Bestimmungen des Etats sind sämtlich berücksichtigt worden. Der Etat für 1877 schließt in Ausgabe und Einnahme ab mit 41,413,457 M. gegenüber 43,781,298 M. im Vorjahre, somit im Jahre 1877 weniger 2,367,841 M. Von dem Ausgabebetrag werden 31,555,374 M. für fortwährende und 9,857,583 M. für einmalige und außerordentliche Ausgaben erfordert. Die Einnahmen sind um 759,843 M. höher angelegt, als im Etat für 1876. Diese Erhöhung hat hauptsächlich darin ihre Ursache, daß der an die Reichskasse abzuführende Matrikularbeitrag um 638,700 M., die Aufwendung für das Unterrichtswesen um 126,227 M. höher als im Etat für 1876 zum Ansatz zu bringen waren.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind dagegen um 3,127,684 M. niedriger als im Vorjahre veranschlagt. Diese Ermäßigung rührt hauptsächlich daher, daß im Etat für 1876 ein Betrag von 1,257,000 M. zur Erfüllung der aus dem Friedensvertrage mit Frankreich dem Reichslande zur Last fallenden Verpflichtungen in Ausgabe dargelegt war, der im Etat für 1877 nicht wieder erscheint. Der Windertrag aus dem Staatseinkommen ist auch die Einnahme niedriger angelegt. Die Minderung ergibt sich hauptsächlich im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Während hier im Etat für 1876 ein Betrag von 8,622,000 M. als Erlös aus der Ausgabe von Schatzanweisungen in Einnahme gestellt ist, braucht für 1877 diese Ausgabe nur im Betrage von 4,095,000 M. dargelegt zu werden. Andererseits weist der Etat für 1877 auch erhebliche Mehreinnahmen nach. So sind die Einnahmen aus der Forstverwaltung um 237,600 M., aus der Verwaltung der directen Steuern um 71,140 M., aus der Verwaltung der Zölle und indirecten Steuern um 555,889 M., aus der Tabakmanufaktur um 42,352 M. höher veranschlagt, als im Etat pro 1876. — Die seit längerer Zeit notwendig gewordene, auch vom Reichstage im vorigen Jahre empfohlene Regelung der Besoldungsverhältnisse der Steuerempfänger ist durch die §§ 14–9 des diesjährigen Etatsgesetzes zum Vollzug gelangt. Danach sollen die Steuerempfänger künftig an Stelle der bisher gewährten Gehalts feste Besoldungen und daneben Entschädigungen für Dienstauswand nach näherer Bestimmung des Etats erhalten. Sodann wird durch § 10 des Etatsgesetzes einem vom Reichstage im vorigen Jahre gefaßten Beschlusse entsprochen, welcher die Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen wünschte, kraft deren die Friedensrichter neben ihren Gehältern aus dem Zwangsverkauf von Liegenschaften besondere Gebühren beziehen. Mit Rücksicht auf den Wegfall dieses Gehalts-Einkommens ist im Etat eine Erhöhung der Gehälter der Friedensrichter um durchschnittlich 100 M. dargelegt.

Die §§ 11 und 12 des Gesetzes bezwecken eine Aufbesserung der Besoldung der an den öffentlichen Elementarschulen angestellten Lehrerinnen, Hilfslehrerinnen und Hilfspflegerinnen. Es wird beabsichtigt, das Anfangsgehalt der Lehrerinnen auf den gleichen Betrag wie das der Lehrer, nämlich auf 720 M. festzusetzen und nach zehnjähriger Dienstzeit eine Zulage von 80 M. zu gewähren. Die der Landeskasse dadurch erwachsende Mehrausgabe ist für 1877 auf 20,000 M. veranschlagt. Die Bestimmungen im § 13 des Etatsgesetzes endlich sollen den Behörden der Wasserbauverwaltung die Möglichkeit gewähren, die Pflanzungen an Flüssen, Canälen und Dämmen ohne besondere Befreiung des Landeshaushalts-Stats zu ergänzen und das Holz abgängiger Bäume unmittelbar für Dienstzwecke zu verwenden. Den Behörden wird dadurch ein Anreiz gegeben, die Mittel, welche der betreffende Verwaltungszweig liefert, nutzbar zu verwerten und damit die Kosten der Neupflanzungen zu bestreiten.

Abg. Winterer: Die schwebende Schuld und in Folge deren die außerordentlichen Ausgaben haben in diesem Etat deshalb abgenommen, weil die Preise des Holzes gegenwärtig eine nie dagewesene Höhe erreicht haben, so wie in Folge der überaus günstigen Weineise im vorigen Jahre und des Verkaufs eines nicht unbedeutenden Theiles der Domänen. Diese Ausgabenverminderung ist aber auch das einzige Gute, das sich von dem diesjährigen Etat sagen läßt. Die fortlaufenden Ausgaben haben nicht abgenommen, sondern weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Die Criminalkosten sind bereits im vorigen Etat von 160,000 auf 260,000 M. emporgeschwollen und in dem diesjährigen wiederum um 68,000 M. gestiegen. Damit geht Hand in Hand eine leider nicht in Abrede zu stellende Vermehrung der Vergehen und Verbrechen in Elsaß-Lothringen. Während im Jahre 1876 11,789 Fälle von Vergehen und Verbrechen verzeichnet wurden, ist ihre Zahl in diesem Jahre auf 12,879, also um mehr als 1000 gestiegen. Dabei ist im Etat des Oberpräsidiums der Dispositionsfonds für außerordentliche polizeiliche Zwecke und für die officiöse Presse ein ungeheurer Anstieg. Die Polizei wird eben bei uns vorzugsweise für polizeiliche Zwecke verwendet und so kommt es, daß sie in den Reichslanden von den christlichen Leuten mehr geschätzt wird, als von den Märdern und Spitzbuben. Redner ergeht sich hierauf in ausgedehnten Beschwerden gegen fast alle Zweige der Verwaltung, insbesondere gegen den Schulzwang, oder richtiger „Schulbespotismus“, gegen die Vermehrung der Seminare und Präparanden-Anstalten, die übertriebenen Ausgaben für die Universität zu Straßburg, an der die Zahl der Elässer Studenten von 125 auf 87 herabgesunken sei, gegen die grausame Beschränkung des Aufenthalts der Opaten in Elsaß-Lothringen, die Vernichtung der Religion in den Volksschulen, gegen die übermäßige Ausdehnung der Macht der Kreisdirectoren in der Verwaltung in Folge der neuen Kreisordnung und schließlich: Sechsz Jahre nach der Annexion ist unser Land jetzt noch in derselben peinlichen Ungewißheit der politischen Stellung, wie nach Beendigung des Krieges. Auf dem Gebiete der Schule haben wir einerseits großen Aufwand und daneben die Verwilderung der Jugend; wir haben eine fortwährend steigende Verminderung der Bevölkerung, dagegen eine Vermehrung der Vergehen und Verbrechen; wir werden behandelt und regiert nicht wie ein Staat, sondern wie eine Provinz mit der empfindlichsten Zurückweisung und Unterdrückung jeder Selbstständigkeit und Selbstverwaltung; das ist der Zustand der Reichslande unter der Herrschaft der Annexion.

Abg. v. Puttkamer-Vf.: Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Vorredner sein genaue Kenntniss der Verhältnisse für die Commissionsberathung nicht entziehen werde. Wenn er sich über die Zunahme der Verbrechen beklagt und indirect hierfür die jetzigen Zustände verantwortlich macht, so muß ich darauf erwidern, daß die schweren Verbrechen abgenommen und nur die Vergehen zugenommen haben; ich kann daraus keinen anderen Schluß ziehen, als daß die Polizei jetzt wirksamer ist, wie früher. Der Vorredner hat ferner Verwahrung eingelegt gegen eine Vermehrung der Macht der Kreisdirectoren und sich gegen die einzuführende Kreisordnung ausgesprochen. Das ist ja aber eben der falsche Standpunkt des Vorredners; die Kreisordnung will durchaus nicht jene Macht vermehren, sondern den Reichslanden nur diejenigen Segnungen der Selbstverwaltung zu Theil werden lassen, die andere Landesheile schon genießen. Aus dem Umstande, daß noch nicht alle neuergewählten Bürgermeister ihre Ernennung erhalten

haben, ist durchaus kein Schluß auf die Schwerfälligkeit der Verwaltung zu ziehen; es liegt diese Thatsache lediglich daran, daß sich bei den diesjährigen Wahlen ungewöhnlich viele Wähler, in manchen Städten 90 Procent betheiligt haben, und daß in Folge dessen naturgemäß eine ganze Reihe von Reclamationen eingelaufen sind, deren Erledigung ungewöhnliche Zeit in Anspruch nahm. Gegenüber den Ausführungen des Vorredners über die Vermehrung der Polizei ist nur zu konstatiren, daß die Zahl der Gendarmen sich augenblicklich gerade auf die Hälfte derjenigen zur Zeit der französischen Herrschaft beläuft. (Hört! Hört!) Wenn sich ferner der Vorredner über die Schulen beklagt und eine Verschlechterung derselben bemerkt haben will, so kann ich nur sagen, daß ich dies aus eigener Anschauung bestreite.

Die Schulen sind im Gegentheil, besonders die Volksschulen, entschieden im Aufblühen begriffen. In Bezug auf die Schulpflicht in den letzteren läßt sich eben nicht streiten: es ist ein eingewurzelter Grundsatz der Deutschen, daß die Volksschule Staatsanstalt und ihr Unterricht obligatorisch sein muß. Ganz Elsaß-Lothringen ist mit einem Cordon von Jesuiten-Schulen umzogen, und man sucht die Eltern zu veranlassen, ihre Kinder in diese Privatschulen zu schicken, und wenn der Staat dagegen auftritt, so thut er nach unseren Gesetzen nur seine Pflicht. Daß man sich aber über die Vermehrung der Seminare und Präparandenanstalten beklagt, kann ich nicht verstehen; wenn wir gute Lehrer haben wollen, müssen wir doch auch gute Schulen für deren Erziehung und Ausbildung haben, und ich kann in dieser Beziehung nur die erfreulichsten Resultate berichten. Auch die Angabe muß ich entschieden als falsch bezeichnen, als ob die Religion in der Volksschule vernichtet worden, man hat nur den Unterricht dem verderblichen Einfluß des römisch-katholischen Clerus entzogen, und darin hat der Staat nach meiner Ueberzeugung richtig gehandelt. Den Opaten ist der längere oder kürzere Aufenthalt in den Reichslanden durchaus nicht gehindert worden, sofern sie sich von der Politik fern hielten und nur ihren wirtschaftlichen Interessen oblagen; und es ist eine notorische Thatsache, daß in Lothringen sich augenblicklich 4000 Opaten aufhalten. Gewünscht würde ich haben, daß auch für den Elsaß-Lothringischen Etat die Verlegung des Etatsjahres bewirkt worden wäre, damit auch in dieser Beziehung ein Anschluß an den allgemeinen Etat erreicht werde, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß man hierüber recht bald zu einer Vereinbarung gelangen werde. Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage anbetrifft, so schlage ich vor, dieselbe beizubehalten Vorberathung an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall.)

Abg. Gerber wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners, daß die theueren Schulen in den Reichslanden auch besser geworden seien; dem widersprechen seine langen Erfahrungen. Wenn der Vorredner die blühenden Schulen in Metz vor der Capitulation gekannt hätte, dann würde er bei gleicher Leitung keine Furcht vor den Schulen des Jesuitenordens an der französischen Grenze haben. Wäre die Regierung nicht so rigoros gegen den Unterricht des Französischen und der katholischen Religionslehre, wie sie von den Bewohnern der Reichslande gewünscht werde, verfahren, so wären die Schulen in Elsaß-Lothringen in gleicher Mitleihe geblieben. Uebrigens werde die Wissenschaft an den Jesuitenschulen sehr gepflegt. Die Progression der Verbrechen erkläre sich nicht durch eine strengere Ueberwachung von Seiten der Polizei, sondern durch eine unter dem neuen Regimente eingeführte Ungebundenheit und Freiheit des Denkens und Handelns, deren böse Früchte ganz Deutschland empfinden werde. In den Schulen seien Bücher eingeführt, in denen mit keinem Worte Gottes und der Vorberathung gedacht sei, das sei eine Vergewaltigung des Christenthums. Der Lehrer habe die Oberaufsicht des Religionsunterrichts, aber in den Seminaren würden die jungen Lehrer nicht durch die vernünftigen Gelehrten in dem Geiste der katholischen Religion eingeführt. Der Grund liege darin, daß eine Verständigung mit den Bischöfen in Folge der verwerflichen Einseitigkeit der Regierung nicht herbeigeführt werde.

Abg. Dunder anerkennt die guten Resultate der von der Regierung und dem Reichstage befolgten Finanzpolitik in den Reichslanden. Er vermißt in dem Etat jede Andeutung darüber, wie viel Schatzanweisungen ausgegeben, und folgert daraus, daß solche Werthpapiere überhaupt nicht ausgegeben seien. Hierin liege ein Zeugniß für die Besserung der Finanzen. Dem Antrage des Abg. v. Puttkamer auf Verweisung der Vorlage an eine Commission schließt er sich an, weil auf diese Weise die gerechten Beschwerden des Landes am besten geprüft werden könnten. Er bitte die Vertreter der Reichslande, an den Beratungen dieser Commission Theil zu nehmen, dort werde jeder vorgebrachte Specialfall gründlich untersucht werden, was im Plenum nicht gut geschehen könne. Hielten sie sich auch diesmal fern, so könne er sich dem Gedanken nicht verschließen, daß es sich für die elassischen Abgeordneten weniger um Abhilfe gegen begründete Beschwerden, als um eine Agitation nach außen handle. (Sehr richtig!) Die principiellen Fragen seien im Plenum mehrfach erörtert, und namentlich in der Schulfrage stimme er mit den Ausführungen des Abg. von Puttkamer vollständig überein. Diese Uebereinstimmung eines Redners der Rechten und der Linken möge beweisen, daß diese Schulfrage von der Regierung in eminent deutschem Sinne behandelt werde. Das gute Seminar- und Präparandenwesen in den Reichslanden sei ein Gegenstand des Reiches für die altpreußischen Provinzen, ermöglicht durch die guten Finanzverhältnisse der Reichslande. Auch die Vortheile der Universität Straßburg, eine der ersten Hochschulen, wie die Opfer auf, welche für dieselben gebracht werden.

Die Redner von der elassischen Partei lebten immer die Schattenseiten hervor, ohne dabei an die glänzende Zukunft Straßburgs zu denken. Elsaß-Lothringen werde, obgleich es nichts dazu thue, besser behandelt wie ein Bundesstaat; seine Angelegenheiten würden in der höchsten Reichsvertretung gründlicher und gegen Ausfälle geduldiger erörtert, als das in einer französischen Nationalversammlung je der Fall sein würde. (Beifall.) Er begrüße es mit Freuden, daß nach der Reichstag direct mit den reichsständischen Angelegenheiten befaßt werde. Der Vertretung des Reichslandes wünsche er möglichst viele Selbstständigkeit, doch diese zu erlangen liege, zum großen Theil in den Händen der Elsaß-Lothringer selbst.

Die Discussion wird geschlossen und der Etat an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Eine Reihe kleinerer Gesetze.) — Mit Rücksicht darauf, daß die Zusammenstellung der neuesten Beschlüsse der Justicommission noch nicht zur Vertheilung gelangt ist, wird die Verathung der Justizgesetze erst am Freitag beginnen.

Berlin, 15. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Wirklichen Geheimen Kriegsrath Müller im Kriegsministerium den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Justizrath, Rechtsanwält und Notar Dierich zu Bedum und dem Sanitätsrath Dr. Zembisch zu Gnadenfrei, im Kreise Reichenbach, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Seconden-Lieutenant Geiseler im Pommerischen Pionnier-Bataillon Nr. 2, dem Unteroffizier Liebert im Badischen Pionnier-Bataillon Nr. 14, dem Pionnier Jacob Wagener im Westpreussischen Pionnier-Bataillon Nr. 7, dem Grenadier Lipus im 1. Westpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 6 und dem Gefreiten Nicolaus Schneider I. im 4ten Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 30 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat die bisherigen königlich bayerischen Auditoriat-Praktikanten Julius Sattler in Olgau, Karl Rehm in Kallat, Eduard Schamberger in Reisse und Otto Rehl in Colberg, sowie die bisherigen Großherzoglich heßischen Gerichts-Beisitzer Robert Wolf in Lorange und Friedrich Ludolph Wolf in Stralsund zu Garnison-Auditeuren ernannt.

Berlin, 15. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute Vormittag den Vortrag des Civil- und des Militär-Cabinetts entgegen und begaben sich um 1 Uhr 15 Minuten mittelfst Extrazuges nach Sagan. (Reichsanz.)

© Berlin, 15. Nov. [Die Handelsverträge. — Die Actiengesetzgebung. — Die orientalischen Wirren.] Das Staatsministerium ist heute wieder zu einer Verathung zusammengetreten. Wie man hört, hat sich dasselbe wiederholt mit der Frage

der Handelspolitik, namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge beschäftigt. Daß die bereits angekündigte Frage der titres d'acquit à caution besonders in Betracht gekommen ist, wird jetzt allseitig bestätigt und namentlich auch von denjenigen Stellen, die diese Nachricht bisher bestritten haben. — Morgen wird der Bundesrath wieder eine Plenarsitzung halten. Wie man hört, soll auf der Tagesordnung auch ein Antrag Preußens, betreffend die Reform der Actiengesetzgebung, stehen. — Die Stimmung in den hiesigen künftigen Kreisen in Bezug auf die orientalische Krise ist keineswegs so pessimistisch, wie vielfach angenommen wird. Vor Allem ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Drei-Kaiser-Politik nicht mehr wirksam sei; im Gegentheil besteht das Vertrauensverhältnis zwischen den drei Regierungen in alter Kraft und Wirksamkeit und bewährt sich gerade während der jetzigen Krise erfolgreich in der schwersten Probe. — Andererseits ist auch der Glaube an das Zustandekommen der Conferenz keineswegs so gering; man nimmt dieselbe vielmehr als sicher an und hält sie nicht für aussichtslos. Daß Rußland trotzdem mobil macht in Rügen und mit der That, steht damit nicht im Widerspruch, denn es ist natürlich, daß Rußland nach seinem ganzen bisherigen Vorgehen für den Fall, daß die Conferenz keine befriedigende Lösung bringt, zum Handeln bereit sein muß. Nur unter dem Druck dieser Thatsache ist bei der widerstrebenden Haltung der Türkei überhaupt auf irgend einen Erfolg der Conferenz zu rechnen.

□ Berlin, 15. Nov. [Deutschland und Rußland. — Geldbewilligung für die Pariser Weltausstellung. — Die Justizgesetze. — Die Conferenz, zwei Versionen und Fürst Bismarck. — Beschlußfähigkeit. — Gesetz über Seesunkfälle. — Anwaltsgesetz. — Reichstags-Schluss. — Rheinische Petitionen. — Preussische Sparkassenstatistik. — Communalsteuergesetz. — Strousberg.] Bestätigt sich die in diplomatischen Kreisen kursirende Nachricht, daß im hiesigen auswärtigen Amte das Circularschreiben des Fürsten Gortschakoff über die teilweise Mobilisirung der russischen Armee später verlesen wurde, als das „Journal de St. Petersburg“ dasselbe veröffentlichte, so würde durch diesen Vorgang ein charakteristisches Licht auf die gegenwärtigen Beziehungen des Berliner und Petersburger Cabinets geworfen werden. Thatsache ist jedenfalls, daß der diplomatische Verkehr zwischen hier, London und Wien ein ungewöhnlich reger ist, während ein Gleiches nicht von jenem mit Petersburg berichtet werden kann. Die Friedensfreunde in unseren politischen Regionen knüpfen daran die Hoffnung, daß Rußland, so bald es sich nicht von der deutschen Regierung mit einem gewissen Maß so genannter „wohlwollender Neutralität“ unterstützt sieht, in seinem Eifer für den Krieg nachlassen dürfte. Deshalb sagte auch heute ein vielgenannter deutscher Staatsmann: „Wir sehen zwar die Situation als gefährlich, aber nicht als aussichtslos an.“ — Ueber die Vorlage, welche dem Bundesrath betreffs einer Subvention der deutschen Abtheilung für die Pariser Weltausstellung vorgelegt werden soll, schwebt bis jetzt noch ein unaufgeklärtes Dunkel. Nicht bloß im preussischen Handelsministerium, sondern auch in der Umgebung des Reichskanzlers wird erst das entscheidende Wort über Befreiung oder Nichtbefreiung der französischen Ausstellung gesprochen werden müssen. Es macht sich jedoch die Erwägung geltend, daß das Wegbleiben Deutschlands das Signal für die Theilnahme der Elsaß-Lothringischen Industriellen wäre, die bekanntlich demonstrativ beschlossen haben, sich nicht mit Deutschland an der Ausstellung in Paris zu betheiligen. Uebrigens wird der größte Theil der deutschen Industriellen auch dann, wenn dem Reichstage keine Vorlage zur Bewilligung ausgiebiger Mittel zugehen sollte, an der Ausstellung theilnehmen und es wäre damit nichts als eine Zersplitterung ihrer Kräfte, somit eine bedauerliche Repräsentation der deutschen Industrie erreicht. — In der heutigen Fraktions-Sitzung der national-liberalen Partei wurde über die geschäftliche Behandlung der Justizgesetze verhandelt. Als wünschenswerth betonte man, daß das Plenum morgen noch nicht in die Verathung der Justizgesetze eintreten möge, um den Fraktionen Raum zur gegenseitigen Verständigung zu bieten. Nach den heutigen Dispositionen soll zuerst über den § 1 der Gerichtsverfassung (die Frage der Handelsgerichte) beschlossen werden. Je nachdem die Entscheidung ausfällt, kann in die Verathung der Civilprozedur eintreten, d. h. ihre Enbloe-Annahme beantragt werden. Dies hängt selbstverständlich davon ab, ob die Commissionsbeschlüsse aufrecht erhalten werden und ein Amendement der Fortschrittspartei in die Enbloe-Annahme eingeschlossen wird, oder ob der Antrag Bessler-Goldschmidt auf Wiedereinführung der Handels-Gerichte nach dem Vorschlage der verbundenen Regierungen abermals die Ueberweisung an die Justicommission nöthig macht. Uebrigens versammeln sich heute Abend die meisten Fraktionen, um sich über die geschäftliche Behandlung schlüssig zu machen und morgen die bezüglichen Vereinbarungen untereinander zu treffen. Bis zum Augenblicke weiß man noch nicht, ob die Enbloe-Annahme der Civilprozedur erfolgen wird. — Die Conferenz der Mächte in Konstantinopel soll am 28. d. M. beginnen. Unter unseren Reichstagsabgeordneten hegt man für den Erfolg derselben nur geringe Erwartungen. Indessen herrschen hier über die neueren Constellationen der deutschen Politik verschiedene Versionen. Nach der einen, die mit einer gewissen Präntation auftritt, ließen hiesige höhere Militärs den weitest gehenden Forderungen Rußlands ihre Unterthänigkeit am Hofe. Am Desiderat zu verhindern, ein Armeecorps in Siebenbürgen zusammenzusetzen, sollen demnach bei uns ostensiblen Vorbereitungen zur Mobilisirung des V. und VI. Armeecorps getroffen werden. Deshalb habe auch der Kaiser die Rückkehr des Fürsten Bismarck als wünschenswerth erachtet, obwohl letzterer selbst wegen seiner Theilnahme an den parlamentarischen Geschäften Varzin verlassen und bestimmt im Laufe dieser Woche, wenn nicht schon heute Abend oder morgen früh hier eintreffen sollte. Eine zweite Version, die uns allerdings von unterrichteter Seite zukommt, lautet dahin: die Situation sei so klar, daß sich Fürst Bismarck jeder Anfrage gegenüber, rühre sie aus der Mitte des Reichstages, oder von diplomatischer Seite her, ohne alle Reserve aussprechen kann. Wir haben guten Grund anzunehmen, daß diese letztere Mittheilung aus Varzin hierher gelangt ist. Vielleicht wird schon in einer der nächsten Reichstags-Sitzungen die Nachricht ihre Bestätigung finden. Man weiß, daß der Reichskanzler die erste beste Gelegenheit zu ergreifen weiß, um sich über eine brennende Frage zu äußern. Wahrscheinlich wartet er nicht die Initiative des Centrums oder jene von liberaler

Seite ab, um den Commentar zur Thronrede zu geben. — Der Reichstag war heute beschlußfähig, zunächst wohl in Folge der Aufforderungen, welche die Fraktionsvorstände an sämtliche Parteimitglieder ergingen, um sich rechtzeitig einzufinden. — Die auf heute anberaumte Sitzung der Reichstags-Commission für den Gesetzentwurf über die Seemünzen ist auf Freitag verlagert worden. Von liberaler Seite bemüht man sich im Interesse der deutschen Einheit die Bildung von Seemünzen nicht den Particularstaaten zu überlassen, sondern dem Reich vorzubehalten. — Im Reichsjustizamt ist der Entwurf eines Anwalts-Gesetzes fertig gestellt und wird demnächst dem Bundesrathe zugehen. Ob die Vorlage noch in dieser Session eingebracht wird, ist allerdings fraglich. — Der Schluß des Reichstages soll noch vor Ende dieses Monats herbeigeführt werden, wenn es nach den Wünschen eines Theils der Reichstagsmitglieder gehen würde. Aber man zweifelt, daß die Geschäfte sich vor dem 10. künftigen Monats abwickeln lassen. — Dem Reichstage gehen gegenwärtig Petitionen aus dem Gebiete des rheinischen Rechts zu, in welchen man sich gegen die von Alters her dort bestehenden Handelsgerichte hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte erklärt, daß dieselben viel zu leicht einen Concurs aussprechen. — Soeben wird in dem vom Bureau des Ministeriums des Innern herausgegebenen „Ministerial-Blatt“ für die gesammte innere Verwaltung in den königlich preussischen Staaten eine Uebersicht über die preussischen Sparcassen im Jahre 1875 veröffentlicht. Danach betrug am Ende des genannten Jahres die Zahl dieser Cassen 1004 mit einem Einlagebetrage von 1,112,077,407 M., während am Schluß des Vorjahres die Einlagen sich auf 987,856,612 M. belaufen hatten. Die größten ersparten Summen weist die Provinz Westfalen (Dank der industriellen Thätigkeit des Regierungsbezirks Arnsberg) auf, nämlich 268,333,272 M., dann kommt Hannover mit 149,590,112 M., Rheinland mit 149,275,448 M., Schleswig-Holstein mit 140,156,543 M., Sachsen mit 125,396,761 M., Brandenburg (einschließlich Berlin!) mit 82,616,057 M., Schlesien mit 80,664,434 M., Pommern mit 55,049,936 M., Hessen-Rassau mit 35,659,161 M., Preußen mit 18,804,213 M. und endlich Posen mit 6,531,465 M. Diese so sehr untereinander differirenden Zahlen sind jedenfalls charakteristisch für die wirtschaftlichen Zustände der einzelnen Provinzen. — Der Brandenburgische Städtetag, auch ein sogen. Bürgermessenfest der kleineren Städte der Provinz, hat vorgestern und gestern in Suben getagt und sich, wie vorausgesehen war, hauptsächlich mit dem Communalsteuergesetze beschäftigt. Ungleich dem neulich versammelten Pommerschen Städtetage hat er indes nicht die vom Minister des Innern ausgearbeitete Vorlage einfach abgelehnt, sondern demselben einen modificirten Entwurf einzufenden beschlossen. Wie man uns mittheilt, ist Graf Eulenburg übrigens entschlossen, auch dieses Gesetz bis zur zweiten Session des Landtages, die jedenfalls noch im Laufe des nächsten Jahres stattfinden wird, zurückzustellen. — Einem Gerüchte zufolge soll Prinz Carl sich für Stroßburgs Freilassung, resp. Verbannung ins Ausland mittelst eines eigenhändigen Briefes an den Kaiser von Rußland verwendet haben.

[Se. Majestät der Kaiser] wird an seinem bevorstehenden siebenzigjährigen militärischen Dienstjubiläum auch durch ein Geschenk der königlichen Familie erfreut werden. Im Auftrage der letzteren hat nämlich der Director der Akademie der Künste, Anton v. Werner, ein großes Gemälde angefertigt, das die Kaiserproclamation im Schlosse zu Versailles am 18. Januar 1871 darstellt.

[Der verhaftete Redacteur der „Deutschen Reichsglocke“, Johann Gustav Louis Tschau], stand am Dienstag neben dem Redacteur der „Neuen Berliner Börsen-Zeitung“, Jul. Philipp Max Treuherz, vor den Schranken der siebenzig Criminaldeputation des Stadtgerichts. Gegen den Ersteren kamen zwei Anklagen, gegen den Letzteren nur eine aus einem Zeitungsartikel zur Verhandlung. 1) In Nr. 29 der „Deutschen Reichsglocke“ vom 16. Juli c. befand sich unter „Vermischtes“ eine kurze Notiz unter der Ueberschrift „Campbauentwurf“, in welchem die Finanzpolitik des Finanzministers in ironischer Weise kritisiert worden ist. Besonders sind darin die Ausbrüche „Musterminister“, „Verwirrthafter“, „Plattbühnengarantirer“ und dergl. als beleidigend für den Finanzminister, der unter 28. August und 30. September die Befragung des Angeklagten beantragt hat, incriminirt. 2) Eine Kölner Correspondenz in Nr. 33 der „Deutschen Reichsglocke“ vom 13. August c., abgedruckt in Nr. 189 der „Neuen Börsen-Zeitung“ vom 15. August 1876, welche die Praxis des aus Notabeln der Kölner Kaufmannschaft zusammengesetzten Kölner Handelsgerichts in einer absprechenden Weise behandelt, soll eine Beleidigung dieses Gerichts, das durch seinen Präsidenten Rost den Straf-Antrag gegen beide Zeitungen gestellt hat, enthalten. Namentlich find in dem incriminirten Artikel die den Gerichtshofe angehörenden Mitglieder Rost, Robins, Häuser, Reichmann, Maurer, Michels, von Wittgenstein, v. Rath, Kautenstrauch, Lange, Kistler, Jarina, Eberle, Reichardt, Uelgaman, Herrstadt und Seligmann in ihren Beziehungen zu den Gründungen neuerer Zeit und namentlich zu dem A. Schaffhausen'schen Bankverein gezeichnet und daran der Schluß geknüpft, daß Prozesse gegen den au. Bankverein in der Regel verloren gehen. Der Angeklagte Tschau, welcher Betreffs beider Artikel einräumt, dieselben vor der Veröffentlichung gekannt, dieselben sogar veranlaßt zu haben, beantragte, den Kaufmann Reumann und Dr. Pfahl in Köln darüber zu vernehmen, daß sie in Prozessen gegen den Schaffhausen'schen Bankverein verurtheilt seien und daß in juristischen Kreisen Kölns das dortige Handelsgericht geradezu verhöhnt und dessen Abfassung allseitig gewünscht werde. Auch würden die Advocatenwälde Leschem und Lehmann aus ihrer reichen Praxis bezeugen, daß das Kölner Handelsgericht in den Prozessen, in denen der Schaffhausen'sche Bankverein und andere Grönder-Gesellschaften interessiert gewesen sind, wider das geltende Recht entschieden hat. Der Gerichtshof unter dem Vorhise des Stadtgerichtsdirectors Reich lehnte den Beweisanspruch als unerheblich und weil er nicht auf Klarstellung von Thatsachen, sondern nur auf Urtheile Anderer gerichtet sei, die für die Entscheidung nicht maßgebend seien, ab, andererseits wurde durch Vernehmung der Zeugen nur erwiesen werden können, daß das Kölner Handelsgericht zwar unrichtige Urtheile, aber nicht in der Absicht der Rechtsbeugung, gefällt habe. Staatsanwalt Schüb beantragte betreffs beider Artikel das Schuldig gegen die Angeklagten, indem er ausführte, daß eine Verpöthelung der Amtshandlungen des Ministers dessen Ehre notwendigerweise verletzen mußte. Betreffs des zweiten gebe er zwar zu, daß ungerechtfertigte Urtheile Seitens des Kölner Handelsgerichts ergangen sein mögen, aber es ist nicht erwiesen, daß die Mitglieder des Kölner Handelsgerichts aus Eigennutz und wider besseres Wissen das Recht gebeugt haben. Er beantragte gegen Tschau wegen der Beleidigung des Finanzministers Gefängnißstrafe von zwei Monaten und gegen beide Angeklagte wegen der Beleidigung des Kölner Handelsgerichts je eine Geldstrafe von 300 Mark, ev. je 30 Tage Haft. — Der Angeklagte Tschau suchte in längerer Rede den Inbalt beider Artikel zu rechtfertigen und beantragte demnach seine Freisprechung, während Rechtsanwalt Holtzoff als Vertheidiger des Angeklagten Treuherz die Beleidigung des Kölner Handelsgerichts als in dem incriminirten Artikel liegend zugab und nur beantragte, die Strafe gegen seinen Clienten etwas geringer zu bemessen. Nach halbständiger Beratung erkannte der Gerichtshof in der Sache dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß auf Schuldig beider Angeklagten im Sinne der Anklage, dessen Ausführung ganz und gar acceptirend, ermäßigte aber betreffs des ersten Artikels gegen Tschau das beantragte Strafmaß auf vier Wochen Haft (zum erstenmal ist gegen einen Redacteur wegen Beleidigung auf Haft erkannt), während er betreffs des zweiten Artikels je 300 Mark ebenfalls für angemessen erachtete und darauf erkannte.

Malchin, 15. Novbr. [Landtag.] Soeben fand hier die Eröffnung des ordentlichen Landtags für beide Mecklenburg statt.

Gera, 14. Novbr. [Die Domänenfrage] scheint im Fürstenthum Reuß i. L. auf gutem Wege zu sein. Dem neulich mitgetheilten Antrag des Domänen-Ausschusses, die Regierung möge zur Regelung der Domänenfrage eine Vorlage an den Landtag bringen, waren Versammlungen zwischen dem Ausschuss und der Regierung vorhergegangen. Ersterer hatte die Regierung mit Bezugnahme auf das Gutachten des Professors Lehmann aufgefordert, sich zu erklären, ob sie noch auf dem früheren, Verhandlungen überhaupt ablehnenden Standpunkt stehende, die Antwort erhalten, daß die Regierung einen, Verhandlungen ablehnenden Standpunkt überhaupt nicht eingenom-

men habe; es ist dies durchaus zutreffend, da nicht die Verhandlungen von der Regierung zurückgewiesen worden waren, sondern letztere nur der vom Domänen-Ausschuss beauftragten Verpflichtung gegenüber eine ablehnende Stellung eingenommen hatte. Aus dieser Erklärung der Regierung aber geht hervor, daß sie bereit ist, weitere Verhandlungen beizugehen für die Interessen des Landes erprießlichen Auseinandersetzung über diese Angelegenheit mit dem Landtag einzuleiten. Auch der Fürst hat zu dem Vorhise des Ausschusses Äußerungen gethan, die die Ueberzeugung gewinnen lassen, daß derselbe einer vergleichsweise Beilegung dieser Angelegenheit keineswegs entgegen ist. Die Bereitwilligkeit, mit welcher der Fürst aus dem Ertrag des Domänenbesitzes große Summen der Staatskasse überwiesen hat, ließ stets erkennen, daß derselbe das Wohl des Landes unter allen Umständen im Auge habe.

Aus Kurfessen, 14. Nov. [Die jüngst Seitens des Ober-Präsidenten der Provinz Hessen-Rassau an den Bischof von Limburg ergangene Aufforderung,] sein Amt niederzulegen, war bereits vor mehreren Monaten beschlossene Sache. Unterbrochen wurde damals das Verfahren durch die nothwendig gewordenen Verhandlungen mit dem Bischofe wegen der Uebernahme des zwischen diesem und dem Ober-Präsidenten von Bodelschwing über die Beilegung der königlichen Patronats Stellen abgeschlossenen Vertrages, welches die Maiegeze auf den Kopf stellende Abkommen dem Bischof die Einsprache gegen die Bestellung zugesagt, falls der präsenirte Candidat persona ingrata ist. Nachdem indessen diese Verhandlungen an dem schroffen Widerspruch des Bischofs, welcher auch indirect dem Princip der Maiegeze kein Zugeständnis machen zu können glaubte (wir erinnern an die verweigerte Bestellung des Straf-Anstalts-Geistlichen Jost zu Kassel zum Pfarrer von Weiskirchen), so erachtete der Ober-Präsident im Einverständnis mit dem Cultus-Minister das fernere Verbleiben des Prälaten in seiner gegenwärtigen Stellung für unthunlich und richtete nunmehr die bekannte Aufforderung nach Limburg.

München, 14. Novbr. [Ein interessanter Streit] hat sich zwischen zwei rheinpfälzischen Blättern entsponnen. In einer Polemik mit der ultramontanen „Rheinpfalz“ hatte die liberale „Speyerer Zeitung“ vor einigen Tagen behauptet, daß die „Rheinpfalz“ aus der Kasse der französischen Jesuiten eine jährliche Subvention von 2400 Francs beziehe. Das ultramontane Blatt hatte hierauf diese Angabe so lange hin eine Lüge erklärt, bis der Empfang der Subvention durch Documente nachgewiesen sei. Jetzt macht die „Speyerer Zeitung“ den Vorschlag, den Beweis vor einem Schiedsgericht zu führen, welches aus drei von der „Rheinpfalz“ vorgeschlagenen Mitgliedern bestehen darf, während sie sich mit der Ernennung eines einzigen Mitgliedes begnüge. Wenn das Schiedsgericht erklärt, daß die „Speyerer Zeitung“ den erlangten Beweis nicht beigebracht habe, so will sie bereit sein zu erklären, daß sie gelogen und verleumdet habe.

Aus Würtemberg, 14. Nov. [Deutsche Partei.] National-liberale Blätter bringen einen von etwa 80 Mitgliedern der deutschen Partei unterzeichneten Aufruf an die württembergischen Wähler. Als Programm der deutschen Partei wird u. A. aufgeführt: Ihr Ziel ist die Erhaltung und Befestigung der Einheit des Reichs und die Weiterbildung seiner Einrichtungen in freibethlichem Sinne. Ebenso strebt sie für unser Land den freisinnigen Fortschritt der Gesetzgebung und einen einsachen, sparsamen Staatshaushalt an. Sie will, daß Württemberg ein lebenskräftiges Glied des Ganzen sei und bleibe. Das Wohl des Landes und des Reiches gilt ihr als unzertrennlich.

Schweiz.

Bern, 12. Nov. [Aus dem Canton Tessin] sollen gestern von dem noch immer dort weilenden eidgenössischen Commissar, Nationalrath Badier, neue Berichte über den Stand der dortigen Dinge im Bundespalais eingegangen sein, welche die Befürchtung, es werde doch noch zu militärischen Interventionen Seitens des Bundes kommen, wieder wachgerufen haben. Officielles verlautete jedoch bis jetzt noch nichts darüber. Man spricht nur, schreibt man der „N. Z.“, von großer Aufregung, welche die Aufhebung des Staatsrathsbeschlusses, betreffend die Neuwahl des Großen Rathes durch den Bundesrath, unter den Liberalen hervorgerufen, und daß es den Anschein habe, als wolle man dieselbe trotz des Bundesrathes vornehmen.

[Zur Gotthardbahn.] Der Bundesrath hat die Gesamtkommission für Restruction des Gotthardbahn-Unternehmens auf morgen aber acht Tage, den 20. November, nach Bern einberufen. Gerüchweise vernimmt man, daß das ganze Deficit, welches von Ober-Genieur Selmay auf 102 Millionen in Aussicht gestellt war, auf etwa 37 Millionen herabgesetzt worden sei. Dabei sei bemerkt, daß auch der Bezirksrath von Schwyz einstimmig die Eingahlung der auf den Canton Schwyz fallenden diesjährigen Subventionsquote an das Gotthardbahn-Unternehmen beschlossen hat.

[Zum italienischen Handelsvertrage.] Am 20. November sollen in Rom die Unterhandlungen über Revision des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages wieder aufgenommen werden. Italien wird durch Herrn Luzatti vertreten sein, die Schweiz bekanntlich durch Herrn Münsterbäcker von Basel. Es handelt sich nur noch um Feststellung des Zolles auf Käse und Baumwollmanufacturen. In Italien scheint man im Publikum nicht ganz damit einverstanden zu sein, daß man sich zu Zollverhandlungen mit der Schweiz herbeiläßt, bevor die Handelsverträge mit Frankreich und Oesterreich vollständig revidirt sind.

Italien.

Rom. [Ueber den schriftlichen Nachlaß des verstorbenen Staatssecretärs Antonelli] schreibt der vaticanische Chronist der Florentiner „Gazzetta d'Italia“: „Die famosen Documente mit den geheimen Verhandlungen, die mit Frankreich, Oesterreich und anderen Mächten geführt worden sind, befinden sich schon in den Händen des Papstes. Derselbe hat sich alle Schlüssel des Verstorbenen bringen lassen, bevor die Familie desselben Hand auf die Papiere legen konnte. Der Papst will diesen Theil des Nachlasses mit eigenen Händen ordnen. Ein mühsames Werk, über dem ihm wohl die Geduld ausgehen könnte. Es wird ihm wenigstens zu einiger Erheiterung dienen, wenn er sich mit Monsignore Cenni und einigen anderen jüngeren Prälaten an die Arbeit macht. Aber Pius, sagt man, denkt nicht daran, sich zu amüsiren, sondern sich Gewißheit über einige höchst wichtige Geheimnisse zu verschaffen, die ihm Monsignore Merode seiner Zeit verrathen hat. Man nimmt an, daß Antonelli nicht alle Papiere vernichtet hat, die ihn persönlich compromittiren könnten, obson er während seiner schmerzlichen Krankheit eine große Anzahl von Briefen verbrannt hat, namentlich weiblicher Hände. Aber von größerer Wichtigkeit ist die Correspondenz der verstorbenen Eminenz mit den Souveränen, Ministern und Politikern Europas. Aus einigen Briefen soll sich deutlich ergeben, daß der Cardinal von verschiedenen Regierungen bezahlt wurde. Der Papst wird auch klarmachen können, wie weit sich die Beziehungen des Cardinals zu der italienischen Actionspartei erstreckten und zu verschiedenen Revolutionscomités, die er leitete, oder von denen er geleitet wurde. . . . Da ist endlich noch die ungeheure geschäftliche Correspondenz, die alle Bankgeschäfte des päpstlichen Stuhles, namentlich seit 1870, umfaßt, so wie die privaten Geschäfte Sr. Eminenz.“

Frankreich.

Paris, 13. Nov. [Die Rede des Kaisers Alexander. — Die Conferenz. — Parlamentarisches. — Ein Rundschreiben Changaniers. — Deputirtenwahl. — Verschiedenes.] Es ist schwer, mit Bestimmtheit den Eindruck, welchen die Rede des Kaisers Alexander in den hiesigen politischen Kreisen hervorgerufen hat, zu charakterisiren. Der erste telegraphische Auszug dieser Rede, welcher hierher gelangte, betonte etwas zu nachdrücklich ihre bedenkliche Seite, und die erste Auffassung war denn auch eine stark pessimistische gefärbte. Seitdem hat man Zeit zur Ueberlegung gefunden, und die Meinungen

sind jetzt sehr getheilt. Von der einen Seite macht man darauf aufmerksam, daß sich in der kaiserlichen Rede drei beruhigende Momente hervorheben lassen. Zum Ersten spricht der Zar von dem Zusammen-treten der Conferenz als von einer beschlossenen Sache, sowie es auch Lord Beaconsfield gethan hatte. Sodann behandelt er die Serben in solcher Art, daß es den Anschein hat, als wolle er seinen Unterthanen die Lust benehmen, ihr Blut für ein Brudervolk zu vergießen, welches sich der Hilfe, die ihm geworden, so wenig würdig bewiesen. Endlich giebt er diesen nämlichen Unterthanen unzuweidentig zu verstehen, daß im Falle eines Krieges Rußland leicht allein stehen könnte, was auch nicht gerade geeignet, ihre Kriegslust zu erhöhen. Wenn der Zar wirklich den Krieg wollte, würde er nicht eben die Umstände hervorgehoben haben, welche diesen Krieg als bedenklich erscheinen lassen. Auf diese Bemerkungen entgegnete die Pessimisten: Was auch der Zar und Disraeli gesagt haben mögen, so ist die Conferenz keineswegs schon als definitiv zu Stande gekommen zu betrachten. Oesterreich hat noch nicht eingewilligt und Deutschland zögert sichtlich, seine Zustimmung zu geben. Sodann ist es ein seltsames Mittel, das Gelingen der diplomatischen Unterhandlungen zu befördern, wenn die beiden Staaten, welche die Hauptrolle in der Conferenz zu spielen haben, von vorn herein in drohendem Tone zu verstehen geben, daß sie über gewisse Bedingungen nicht hinausgehen wollen. Die von Rußland geforderten Garantien für die in der Türkei vorzunehmenden Reformen und die von England aufgestellte Unantastbarkeit des türkischen Reiches werden sich schwerer als jemals vereinigen lassen, nachdem die Regierungen von Rußland und England vor aller Welt so entschieden Stellung genommen haben. So sprechen die Pessimisten und zwischen den beiden entgegengesetzten Auffassungen schwankt die politische und finanzielle Welt hin und her, wie es z. B. die auffallenden und schnell wechselnden Bewegungen der Börse beweisen. Die Presse glaubt im großen Ganzen eher an eine günstige Wendung der Dinge; wenigstens gilt dies von den wichtigeren Blättern; unter ihnen macht aber der „Temps“ eine Ausnahme; er beschuldigt heute die anderen französischen Journale, bei der Beurtheilung der orientalischen Krise mit mehr Optimismus als Scharfsinn zu verfahren; besonders würdigte derselbe die Rede Disraeli's nicht nach ihrer ganzen Bedenklichkeit. Einen Beweis für das wirkliche Zusammen-treten der Conferenz hat man in dem Umstande sehen wollen, daß die Gesandten de Bourgoing und de Chaudordy morgen gemeinschaftlich nach Konstantinopel abreisen werden. Vorausgesetzt, daß die Nachricht richtig ist, kann aber die Folgerung aus derselben noch nicht für richtig gelten. Die französische Regierung hat Herrn de Bourgoing in de Chaudordy einen Gehilfen zur Seite geben wollen, da des ersteren Unzulänglichkeit zur Genüge dargethan. Sie kann also ein Interesse daran haben, die beiden Diplomaten abreisen zu lassen, ehe ein definitiver Beschluß eingetreten. Uebrigens glaubt man wirklich im auswärtigen Amte an die Conferenz. — In Versailles ist noch vorzugsweise von der vorgestrigen Sitzung der Deputirtenkammer, von dem durch den clericalen Keller veranlaßten Zwischenfall, dem Auftreten des Duc Decazes und Gambetta's die Rede. Es ist erstaunlich, in welchem Maße sich seit Beginn der Session und namentlich seit der erwähnten Sitzung die Autorität Gambetta's selbst bei den Nicht-Republikanern gesteigert hat. Für's Erste wird jetzt die Kammer sich mit dem Budget des Ministeriums des Innern beschäftigen, die Parteien haben aber ihr Hauptaugenmerk auf das Cultusbudget gerichtet. Die Monarchisten der Kammer haben eine Reihe von Amendements eingereicht, welche darauf abzielen, die von der Budgetcommission gestrichlenen Ausgaben für die Pfarrgeistlichen wiederherzustellen. Das linke Centrum beschäftigte sich in einer langen Sitzung mit derselben Angelegenheit, und der Berichterstatter Bardoux theilte mit, daß Dufaure, um die Verständigung mit der Linken zu erleichtern, einwillige, die geforderte Summe von 17 1/2 Millionen auf die Hälfte herabzusetzen. Der Präsident des linken Centrums, Germain, empfahl dringend die Gewährung dieser Summe und die Mehrheit der Fraction stimmte ihm zu; jedoch wurde bemerkt, daß die Regierung sich ungewissenheit von dem Verdacht des Clericalismus frei machen müsse. In der nächsten Zeit sollen zwei Gesetzes-Entwürfe über die Verbesserung der Lage der Unteroffiziere eingereicht werden. Ihre Verfasser sind Laissant und Gambetta. Das Project des letzteren wird, wie es heißt, durch sehr eingehende Motive eingeleitet. — Der General Changanier hat an seine Kollegen von der Rechten im Senat ein Rundschreiben gerichtet, welches einem militärischen Tagesbefehl ähnlich sieht. Es lautet: „Lieber Colleague! Bei der Constitution der Bureau waren die meisten Conservativen abwesend. Diese sträfliche Nachlässigkeit entmuthigt die Conservativen von Paris und den Departements, indem sie ihnen Zweifel in die Stärke der Partei der Ordnung im Senate einflößt. Die jetzige Session hat wichtige Fragen zu lösen; wir würden Ihre Abwesenheit bedauern. Eines Tages würde dieselbe noch schwerer von Ihnen und den Erben Ihres ehrenhaften Namens bedauert werden. General Changanier.“ — Im Bezirk von Marannes (Charente-Inférieure) wurde gestern der Nachfolger Dufaure's in die Deputirtenkammer gewählt. Zwei Candidaten standen einander gegenüber: der Republikaner Mestreau und der Bonapartist Omer Charlet, für welchen auch die anderen antirepublikanischen Parteien stimmten. Mestreau erhielt 6216, Charlet 5374 Stimmen. Der Republikaner ist somit gewählt. Bei der Wahl im Februar erhielt Dufaure 8268 Stimmen; aber er hatte keinen Gegencandidaten. — Heute Abend sollte im Théâtre Lyrique Victor Massé's neue Oper Paul et Virginie aufgeführt werden. Die Vorstellung muß aber verschoben werden, weil Cassoul, dem Darsteller des Paul, ein Unfall begegnet ist. Bei der gestrigen Generalprobe hat man sich schon ein Urtheil über die Musik bilden können; sie ist durchaus nicht von großartigem Styl.

* Paris, 14. Novbr. [Gambetta's Auslassungen in der Sitzung vom 11. November.] finden nur bei Wenigen Beifall. Was man ihm besonders verübelt, ist, daß er die Aufrechterhaltung der Bottschaft dadurch begründet, daß man die „katholische Rundschaff“ Frankreichs nicht aufgeben dürfe, welche die moralische Größe Frankreichs geschaffen habe. Die Republikaner sind natürlich über eine solche Behauptung aufgebracht, da sie für die Republik keine katholische, sondern höchstens eine „Clientelle républicaine“ haben wollen, und die Antirepublikaner und Clericalen spotten über den gehöhten Bellesville, der so sehr „opportunistisch“ geworden sei, daß er sogar den Principien der Clericalen seine Huldigung darbringe. Doch ist nicht zu vergessen, daß Gambetta, als er Dictator in Tours und Bordeaux war, schon ähnliche Speculationen machte, nämlich der Geistlichkeit schmeichelte, weil er hoffte, daß dann die Katholiken Deutschlands Partei für Frankreich ergreifen könnten. Bei seiner Rede vom letzten Sonnabend hielt er es im gegebenen Augenblick für nothwendig, offen zu erklären, daß, falls er Minister werde, er den ultramontanen Gesinnungen des Marshalls vollständig Rechnung tragen werde. Daß seine Worte im Auslande keinen guten Eindruck machen würden, wußte Gambetta natürlich sehr gut; da es sich aber bloß um seine Person handelte, so ist ihm dieses sehr gleichgültig. Die Vorbehalte, welche der Dictator zu Gunsten Italiens machte, findet man hier äußerst komisch. Denn wenn der Mann, welcher vor kaum 6 Monaten die Vernichtung des Clericalismus predigte, es heute, um sich möglich zu machen, für

nützlich hält, für den Papst und seine Sache einzutreten, so müssen sich die Italiener darauf gefaßt machen, daß Frankreich sogar unter einem Gambetta mit leichtem Herzen den Degen für den Papst ziehen will, wenn dieser mit der „Politique opportune“ Gambetta's gemeinsame Sache macht. Das „Univers“ freilich überschüttet den Protector der „Republique française“ erst recht mit Spott und Hohn und hebt hervor, wie er den „Prussiens“ mit seinen Ausfällen gegen den Papst und die katholische Kirche so in die Hände gearbeitet habe, daß in Elsaß-Lothringen, „wo man die französische Gefinnung zu vertilgen sucht“, die „Republique française“ freies Spiel habe, während das „Univers“ verboten sei. Deuillot sollte nicht so streng mit Gambetta ins Gericht gehen; man kann nicht wissen, ob er nicht noch einmal Cultusminister wird. An Eifer läßt er es wenigstens nicht fehlen, sich Mac Mahon zu empfehlen.

[Benoit d'Azay] wird jedenfalls seine Stelle verlieren. Die Documente, die gegen ihn vorliegen, sind derart, daß er seinen Posten eines Directors der Colonien unmöglich behalten kann. Derselbe ging so weit, die Garnison von Napotie auf vier Artilleristen zu reduciren, um die Gelder für dieselbe seiner Gesellschaft zuzuwenden.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 10. Novbr. [Das Parlament.] Es liegt nunmehr der officielle Text der Instruktionen vor, welche sich auf die provisorische und für ein Jahr gültige Wahl der Mitglieder des Parlaments beziehen. In dem Eingange derselben heißt es, daß das Parlament in Konstantinopel seinen Sitz haben werde, und daß das organische Gesetz und das innere Reglement bereits ausgearbeitet würden. Die Instruktionen sind in 7 Artikel zusammengefaßt. Artikel 1 bestimmt, daß das Parlament aus zwei Körperschaften bestehen werde, deren eine sich aus den von dem Volke gewählten Abgeordneten zusammensetzen und den Namen Kammer der Deputirten führen soll. Die Zahl der Abgeordneten ist auf mindestens 130 festgesetzt. Die zweite Körperschaft wird aus vom Staate ernannten Mitgliedern bestehen und den Namen Senat oder Herrenhaus führen. Art. 2 befaßt, daß ausnahmsweise diesmal, um die Erreichung der Assemblée nicht zu verzögern, die provisorischen Wahlen durch die Administrationsräthe der Hauptorte der Vilajets, der Sandschaks und der Crozas vorzunehmen sind. Artikel 3 nennt als notwendige Qualifikationen für die Candidaten: Genuß der öffentlichen Achtung und des öffentlichen Vertrauens, Kenntniß der offiziellen Reichssprache, ein Alter von mindestens 25 Jahren, Vollbesitz der bürgerlichen und politischen Rechte und Steuerpflichtigkeit gegen den Staat als Realitätenbesitzer. Gewählte Regierungsbeamte müssen, wenn sie das Mandat annehmen, ihr Amt niederlegen. Die Abgeordneten haben sich als Vertreter der gesammten Nation zu betrachten. Artikel 4 handelt von den Wählerlisten und dem diesmaligen Wahlmodus. Die von den wahlberechtigten Administrationsräthen ausgefüllten und unterzeichneten Wahlzettel werden verschlossen dem Kaimakam überliefert, worauf sie durch Vermittlung der Muteschafis zum Scrutinium an den Wahl geleitet werden. Bei Stimmgleichheit wird durch Ballotage entschieden. Die Wahlbulletins müssen der hohen Pforte übergeben und von dem Staatsrath verifizirt werden. Artikel 5 setzt die Eröffnung der Session der Deputirtenkammer auf den 1. December eines jeden Jahres, diesmal ausnahmsweise jedoch auf den 1. März 1877 und die Dauer der Session auf drei Monate fest. Artikel 6 theilt die Stadt und das Weichbild Konstantinopels in zwanzig Wahlkreise. Jeder Wahlkreis wählt zwei Wahlmänner. Wahlberechtigt sind alle türkischen Unterthanen, welche als Realitätenbesitzer steuerpflichtig und über 25 Jahre alt sind. Die Wahlmänner vereinigen sich zur Wahl der Deputirten in einem später von der Regierung zu bezeichnenden Local. Artikel 7 sichert den Deputirten eine Indemnität von 3000 Piastern und Erfaß der Reisekosten nach Konstantinopel und zurück. Zwei Drittel der Deputirten genügen zur Beschlußfähigkeit. Die Instruktionen tragen als Datum den 28. October.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 16. Nov. [Der Kaiser in Schlesien.] Aus Sagan schreibt man uns unterm 15. Nov.: „Die trübe, theilweise von Regen und Schneefall begleitete Witterung der letzten Tage hatte betnahe in allen Gemüthern der Bewohnerchaft Sagens die Besorgniß erregt, daß auch in diesem Jahre die auf heute zugesagte Ankunft Sr. Majestät des Kaisers nur bei der Ankündigung bewenden würde. Deshalb zeigte sich auch bis zum gestrigen Tage kein überaus bemerkenswerther Eifer im Decoriren der Gebäude selbst in den Straßen, durch welche Sr. Majestät vom Bahnhofe aus nach dem herzoglichen Schloß fahren sollte. Da klärte sich gestern plötzlich der Himmel. Bei klarem Sonnenschein begrüßten wir das schon so oft besprochene und beschriebene „Kaiserwetter“, und mit ihm entfaltete sich eine kaum geahnte Thätigkeit in allen Straßen. Die bis dahin noch in ihrem gewöhnlichen Alltagskleide befindlichen Häuser prangten gar bald im reichsten Laub- und Flaggen Schmuck, und mancher ehrsame Hausbesitzer zog sein zu Ehren der im vorigen Jahre angekündigten Ankunft des Kaisers bereits mühsam zusammengereimtes und geleimtes Transparent wieder hervor, um durch dessen Anbringung an der Vorderfront des Hauses, wie im vergangenen Jahr dem kronprinzlichen Paar, so diesmal Sr. Majestät einen beschaulichen Begriff von der poetischen Schattenseite Sagens beizubringen. Noch im Laufe des Vormittags wurde die an der Sorauer Brücke errichtete Ehrenpforte fertig gestellt und die an den Seiten dieser Brücke aufgestellten grün umwundenen Masten mit Flaggen versehen. Gegen Mittag durchwogte eine große Menge von Bewohnern der Nachbarstädte und Dörfer des Kreises die Straßen. — Um 4 Uhr 30 Minuten sollte die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers erfolgen. Bereits einige Minuten früher aber trafen die Allerhöchsten Herrschaften mittels Ertrages auf hiesigem Bahnhofe, der jedes namhaften Schmuckes entbehrte, ein. Empfangen wurde Sr. Majestät der Kaiser und Se. k. k. Hoheit der Kronprinz nebst Gefolge am Perron durch den Herzog von Sagan. Begleitet sodann die Allerhöchsten Herrschaften in den Wartesalon I. Klasse, in welchem das Offiziercorps der hiesigen Garnison, und als Vertreter der Stadt die Herren Bürgermeister Würfel und Stadtverordneten-Vorsteher Sanitätsrath Dr. Beerel, sowie die Herren Kreisgerichts-Director Delius, Gymnasialdirector Dr. Kahler, Seminar-Director Spohrmann, Postdirector und Hauptmann Hamann, Graf Koskoth auf Buraun u. s. w. Aufstellung genommen hatten. Se. Majestät, welcher Kavallerie-Uniform angelegt hatte, ließ sich zunächst die einzelnen Mitglieder des Offiziercorps, sodann aber durch den Herzog von Sagan die übrigen Anwesenden vorstellen, sprach mit Einzelnen derselben in der ihm eigenen liebevollen Weise einige Worte und drückte namentlich dem Herrn Bürgermeister Würfel sein Bedauern aus, daß ihm im vergangenen Jahre leider die Reise nach Sagan nicht vergönnt gewesen sei. Hierauf verabschiedete sich Se. Maj. nebst Gefolge und begab sich durch das mit Teppichen und einheimischen und tropischen Gewächsen resp. Strauchern und Gärten äußerst geschmackvoll decorirte Vestibule und den taghell erleuchteten Tunnel des Empfangsgebäudes nach den bereitstehenden Wagen. Im ersten vierspännigen Wagen nahmen Platz

Se. Majestät der Kaiser, Se. k. k. Hoheit der Kronprinz und der Herzog von Sagan; im zweiten Wagen die Hofmarschälle, Grafen Perponcher und zu Eulenburg; im dritten Fürst Radziwill, Graf Rehdorff und Major v. Liebenau; im vierten Dr. v. Lauer und Geheimrath v. Ranski; im letzten Wagen endlich Graf v. Tallebrand, Graf Kanitz und Kammerdirector v. Elpöns. — Unter dem lebhaftesten Hurrahrufen der vom Bahnhof aus aufgestellten und dichtgedrängten Menschenmenge setzte sich diese Wagenreihe in Bewegung. Drei Kanonenschüsse verkündeten der Bewohnerchaft der Stadt die Wabfahrt vom Bahnhofe, und bald darauf hielt Se. Majestät der Kaiser unter dem Geläute aller Glocken und ungeheurem Jubel der Bevölkerung in die von Tausenden von Lichtern und zahllosen bengalischen Flammen prächtig erleuchtete Stadt seinen Einzug. Das langsame Fahrttempo ermöglichte es einem Jeden, den nach allen Seiten grüßenden, schon längst sehnsücht erwarteten geliebten Landesvater und den dereinstigen Thronfolger genau zu sehen. Die äußere Erscheinung des Monarchen machte den Eindruck vollster Gesundheit, wenigleich, wie Schreiber dieses im Wartesalon zu bemerken Gelegenheit hatte, die Aussprache eine leichte Indisposition des Sprachorgans verrieth. Die Einfahrt in das herzogliche Schloß erfolgte 10 Minuten vor 5 Uhr; während derselben spielte die seitwärts vor dem Schlosse aufgestellte Capelle des 58. Infanterie-Regiments aus Glogau die Nationalhymne. Das Publikum, welches sich Anfangs vor dem Park noch förmlich staute und sehnsüchtig nach dem Schlosse blickte, als wolle es durch die Mauern des Schlosses hindurch all die Herrlichkeiten ergründen, die doch nun einmal nur den Allerhöchsten Herrschaften und sonst noch aus der Stadt geladenen Gästen sichtbar werden sollten, zerstreute sich dann allmählig und bestrich die seine Neugierde durch eingehende Musterung und Besichtigung der illuminierten Schauläden und Gebäude. — Währenddem begann um 6 Uhr im Familien-Salon des herzoglichen Schlosses das Diner, dessen Menu mir leider bis jetzt verborgen geblieben. Nach dem Diner bewegten sich die Allerhöchsten Herrschaften theils im Familien- und Rothen Salon und zogen sich gegen 8 Uhr zurück. Etwa 8 1/2 Uhr fanden sich die zur Soirée geladenen Personen aus der Stadt ein. Gegen 9 Uhr erschienen sodann die Herrschaften wieder und begaben sich um 9 1/2 Uhr nach dem Theatersaal, um dort der von Mitgliedern des Hofe-Theaters zu Breslau arrangirten Aufführung des Götter'schen Lustspiels: „Sperling und Sperber“ beizuwohnen. Diesem folgte um 10 1/2 Uhr Souper und war der Schluß der Soirée auf etwa 11 1/2 Uhr festgesetzt.

Breslau, 14. Nov. [Handwerkerverein.] Am gestrigen Abend hielt Herr Dr. med. Heinrich Körner Vortrag über Schönheitspflege, erläuterte die Entwicklung der Cultur des Menschen und der Thierwelt, die, mit der Pflege der Keimlichkeit beginnend, sich immer weiter ausbildet, und theilte dann eine Anzahl künstlicher Schönheitsmittel für Cultur der Haare, Nägel und des gesammten Körpers mit.

Am letzten Sonnabend feierte der Handwerkerverein sein 17tes Stiftungsfest, wie hergebracht an dem dem Geburtsstages-Fest Schillers zunächst gelegenen Sonnabend. Der Festgenossen waren diesmal weniger als sonst erschienen, da aus Erparnis-Motiven der sonst mit dem Fest verbundene Ball ausfiel. Der Schaulatz war der bisherige, der Springer'sche Concertsaal, und die Erschienenen von der besten Stimmung befeelt. Die Festhalle war geschmackvoll decorirt und Schillers lorbeergetränzte Büste aufgestellt. Die Festrede hielt Herr Sanitätsrath Dr. Eger, als Vereins-Vorsitzender. Er wies in derselben auf die Einflüsse hin, die das einst so rohe Vereinsleben geschwächt haben, und sprach die Hoffnung aus, daß es einer Arbeit gelingen werde, dasselbe neu zu heben. Ein von dem Vorsitzenden in gebundener Rede ausgebrachter Trinkspruch galt dem Verein und bot Gelegenheit, daran launige und ernste Trinksprüche und Vorträge der beiden Sängerkörpers des Vereins zu knüpfen. Ein mit allgemeinem Beifall aufgenommenes „Sparlied“, von dem Vorstandsmittglied Herrn Kaufmann Ab. Freyhof verfaßt, erregte durch seinen humoristisch-satirischen Refrain besonderen Jubel, da es das an diesem Fest zur Geltung gebrachte Sparsystem betraf. Die Mitternachtsstunde fand noch einen Theil der Festgenossen in gemütlicher Unterhaltung vereint.

—d. [Ober-Tribunals-Entscheidung über Schankwirtschaft.] Ein in Beziehung auf den Betrieb der Schankwirtschaft auf einem freien Plage von einem Tisch oder Handwagen aus sehr wichtige Entscheidung hat das Ober-Tribunal in einem Erkenntniß vom 15. September d. J. im Gegenfalle zur Nachspruchung des Kammergerichts gefällt: Die gesetzlich vorgeschriebene Einholung der polizeilichen Erlaubniß zum Betriebe der Schankwirtschaft und die Verpflichtung zur Zahlung der Schankgewerbesteuer beziehen sich gleichmäßig auf den Betrieb der Schankwirtschaft in einem geschlossenen, dem Publikum zugänglichen Raum und auf den Betrieb auf einem freien Plage (von einem Tisch oder Handwagen aus). „In den §§ 33 und 147 Nr. 1 der Reichs-Gewerbeordnung“, führt das Erkenntniß des Ober-Tribunals aus, „ist eine Definition des Begriffs „Schankwirtschaft“ nicht gegeben, namentlich nicht bestimmt, daß dazu ein abgeschlossener und in seiner Abgeschlossenheit erkennbarer Raum erforderlich werde. Ein solches Erforderniß läßt sich insbesondere nicht aus der Bestimmung unter Nr. 2 ableiten, wonach die Erlaubniß zum Betriebe der Schankwirtschaft u. A. dann zu versagen ist, wenn das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Local wegen seiner Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt. Mag bei dem Wort „Local“ auch zunächst an einen abgeschlossenen Raum und zwar vorzugsweise an einen solchen in einem Gebäude gedacht worden sein, so findet die Bestimmung doch ohne Zweifel auch dann Anwendung, wenn die Erlaubniß zum Betriebe der Schankwirtschaft auf einem freien Plage, z. B. bei Gelegenheit eines Jahrmärktes oder sonstiger Volksversammlungen, nachgesucht wird, und ist die Polizeibehörde auch in diesem Falle berechtigt und verpflichtet, wenn die Voraussetzungen derselben zutreffen, die Erlaubniß zu versagen. Dagegen würde die Anschauung des Appellationsrichters, daß zum Begriffe der Schankwirtschaft unter allen Umständen ein abgeschlossener Raum im obigen Sinne erforderlich werde, entweder zu der Annahme führen, daß die Polizeibehörde die Erlaubniß zum Betriebe derselben außerhalb eines solchen im Freien überhaupt nicht erteilen dürfe, oder daß es zu einem derartigen Betriebe einer polizeilichen Erlaubniß überhaupt nicht bedürfe, eine Consequenz, deren Unstatthaftigkeit einer weiteren Ausführung nicht bedarf. Unter dem Worte „Local“ im citirten Paragraphen kann also nur die Verkaufsstelle verstanden werden. Ebenso kann in § 10 c. des Gewerbe-Gesetzes vom 30. Mai 1820 unter dem „offenen Local“ nur eine dem Publikum zugängliche Verkaufsstelle verstanden werden, wenn dieselbe sich nur in einem abgeschlossenen Raum oder auf einem freien Plage, einer Straße z. B. befindet. Daß dazu ein fest mit dem Boden verbundenes Gebäude nicht erforderlich werde, daß unter den Begriff vielmehr auch bewegliche Bretterbuden, Zelte u. s. w., welche auf öffentlichen Plätzen oder Straßen, auf Jahrmärkten u. s. w. aufgeschlagen werden, fallen, wird ohne Weiteres zugegeben werden müssen. Alsdann wird aber auch nicht bestritten werden können, daß auch in dem Falle ein öffentliches Local angenommen werden kann, wenn das Ausschänken der Getränke von einem nicht mit einem Dache versehenen Tische oder einem Fuhrwerke, sei es auch ein Handwagen, aus, an einem dem Publikum oder einzelnen Klassen desselben zugänglichen Orte stattfindet. In diesem Falle ist allerdings nicht der Tisch oder das Fuhrwerk als offenes Local zu bezeichnen, sondern die Verkaufsstelle, wo sie aufgestellt ist.

Grünberg, 15. Nov. [Unglücksfall.] Gestern Abend verunglückte ein Arbeiter eines hiesigen Spektations-Geschäftes auf dem Bahnhofe, indem er zur Abkürzung seines Weges zwischen den Wagen eines zur Abfahrt bereitstehenden Güterzuges durchdringen wollte. Von dem in Bewegung gesetzten Zuge umgeworfen, fiel er so unglücklich unter die Räder, daß ihm ein Rad über beide Unterschenkel fortging. Es gelang dem Unglücklichen zwar, sich von den Schienen fortzuwälzen, doch war den die ersten Verletzungen eine Amputation nöthig machen. — Die bei den letzten Wänden gerügten Uebelstände haben wenigstens theilweise schon Abhilfe gefunden, indem der Krieger-Begräbnisverein nunmehr definitiv die Absperrung der etwaigen Brandstätte übernommen hat.

△ Steinau a. D., 15. Nov. [Stadtverordnetenwahl.] Behufs Ergänzung der Stadtverordneten-Verammlung durch Neuwahl in Stelle des mit dem 1. Januar 1877 auscheidenden ein Dritttheils war für heute Termin angesetzt und sämtliche berechtigten Wähler hierzu in ordischlicher Weise eingeladen worden. In der dritten Abtheilung wurden gewählt Herr Uhrmacher Weichler und Herr Zeugschmidt Blasche, in der zweiten Abtheilung

Herr Schuhmachermeister John und Herr Kaufmann Knorr, in der ersten Abtheilung Herr Zimmermeister Andt und Herr Kreis-Steuerbeamter Richter. Bei dieser heutigen Wahl machte sich eine geradezu unüberzählige Theilnahmslosigkeit bemerkbar, welche öffentlich gerügt zu werden verdient. So haben z. B. von den in der dritten Abtheilung wählenden 275 wahlberechtigten Personen nicht mehr als 21 Wähler (also nur 7 Procent) ihre Stimmen abgegeben. Der Einwand — auf die Wahl berufen zu haben, dürfte wohl bei den Meisten nicht stichhaltig sein, da derselben eine dreifache Einladung vorgegangen war. (Wir meinen die amtliche Aufforderung durch das Stadtblatt, die persönliche Einladung durch Amtsdienner und die Einladung von der Kanzel am vergangenen Sonntage.) Umsonst aber dürfte diese Unterlassungsfünde öffentlich zu rügen sein, weil gerade diejenigen, welche sich am wenigsten um die Wahlen kümmern — (wobon heutzutage ein schöner Beweis geliefert worden) über Beschlässe der städtischen Vertreter öffentlich ihre Unzufriedenheit auszusprechen pflegen.

§ Striegau, 15. Novbr. [Zur Schulsteuer der Geistlichen und Lehrer.] Gegen die von dem hiesigen Magistrat vor Kurzem angeordnete Heranziehung der Geistlichen, Elementarlehrer und Kirchenbeamten zur Schulsteuer ist nicht nur von Seiten der betroffenen Beamten-Kategorie, sondern auch von den resp. Schulvorständen Einspruch erhoben worden. Die Geistlichen, Lehrer u. s. nehmen für sich die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Juli 1822 in Anspruch, nach welchen ihnen von Seiten der politischen Gemeinde (als deren alleiniger Vertreter der Magistrat zu betrachten ist), keinerlei Beiträge auferlegt werden dürfen. Außerdem ist in Betracht zu ziehen, daß die betreffenden Beamten nach hergebrachter Verfassung die Freiheit von dem bis zur Einführung der Schulsteuer üblichen Schulgelde, mithin das Recht zu einer freien Benutzung der Schule genießen, und es steht ihnen in diesem Falle nach einer älteren Ministerial-Verfügung (v. Ramps, Annalen für die preussische innere Verwaltung 30 S. 770) auch Befreiung von den später an Stelle des Schulgeldes auf Grund der landrechtlichen Bestimmungen zu erhebenden Beiträgen zur Schulunterhaltung zu. Die von dem Magistrat seinem Beschlusse zu Grunde gelegten Ministerial- resp. Regierungs-Rescripte vom 27. Februar resp. 6. April 1875 möchten nicht als maßgebend zu betrachten sein, da dieselben ihrer Natur nach nur für einen bestimmten Ort und einen besonderen Fall gegeben sind und die Zustimmung der Schulvorstände ohne Theilnahme des Magistrats zur Voraussetzung haben. Nach dem Plenarbeschlusse des königlichen Obertribunals vom 20. Juni 1833 haben die von der competenten Staatsbehörde anerkannten, für den öffentlichen Unterricht eingerichteten und mit einem Schulvorstande versehenen Schul-Societäten die Eigenschaft einer Corporation. Aus dieser den Schulgemeinden zuerkannten corporativen Selbstständigkeit folgt, daß dieselben nicht integrierende Theile der politischen Gemeinde sind. Der evangelische, wie auch der katholische Schulvorstand haben demnach in dem einseitigen Vorgehen des Magistrats bezüglich der in Rede stehenden Angelegenheit einen unberechtigten Eingriff in die Rechte der gesetzmäßigen Vertreter der Schulgemeinde erkannt und eine anderweitige Beschlußfassung von Seiten des Magistrats beantragt. Es ist nicht zu erwarten, daß nachträglich die resp. Schulvorstände den angeforderten Beschluß des Magistrats zu dem ihrigen machen werden, wohl aber hoffen die von der magistratsmäßigen Maßnahme Betroffenen, daß der Magistrat die Aufhebung derselben beschließen und die Rückzahlung der bereits auf 11 Monate gezahlten Steuerbeträge verfügen werde.

K. Namslau, 13. Novbr. [Zum Weichdörfer Raubmorde.] Die Mittheilungen in Nr. 532 d. Stg. bedürfen folgender wesentlicher Berichtigungen. Der Raubmörder ist nicht Donnerstag, den 9. d. M., sondern bereits Dienstag, den 7. d. M., Abends zwischen 5 bis 6 Uhr durch den Gendarm Schulwitz in Noldau im Schiffsanzen Gasthose verhaftet worden. Schulwitz hatte sich dort zufällig eingefunden und mit dem Betreffenden, der sehr redlich war, in ein Gespräch eingelassen. Letzterer wollte am Dienstag Abend mit dem Zuge von Noldau nach Kreuzburg fahren, während der Zeit aber sollte sein Pferd beim Gastwirth Schifan bleiben und dieser ihm täglich 6 Meilen Hafer geben. Auf die Bemerkung des Schulwitz, daß dies viel zu viel sei, entgegnete der Fremde, der sich für einen reichen Bauersohn aus der Brieger Gegend ausgab, daß bei ihm die Pferde alle so viel Hafer bekämen. Alles dies kam dem Gendarm Schulwitz bereits verdächtig vor. Nachdem aber noch der Viehhändler Schleifinger aus Schwitz in das Gastzimmer getreten und den Fremden mit den Worten: „Wo kommt Du her?“ begrüßt hatte, erfuhr Schulwitz von Schleifinger auf Verfragen, daß der Fremde kein Bauersohn, vielmehr in Brieg einmal Haushalter gewesen sei. Als Schulwitz nunmehr zur Verhaftung des Fremden schritt, gab dieser, der sich vorher einen anderen Namen beigelegt, an, daß er Johann Jimara heiße, aus Schwart, Kreis Kreuzburg, stamme, daß sich dort seine Mutter zum zweiten Male verheiratet, daß ihm sein Stiefvater nichts geben wollte und seine Mutter ihm dieserhalb das Pferd gegeben habe. Schulwitz telegraphirte nach Schwart, erhielt aber erst nachträglich zur Antwort: daß Johann Jimara von der Brieger Staatsanwaltschaft bereits gesucht werde, seine Angaben aber unnah seien. Mittwoch früh, nachdem Schulwitz inzwischen die Zeitung gelesen, fragte er den verhafteten Jimara, ob er einmal in Weichdorf gewesen sei? Jimara gab dies zu, gestand nunmehr auch bald ein, bei Thüring geblieben zu haben; doch habe Letzterer selbst keine Frau erschlagen und Jimara, nachdem er den Doctor nach Löwen abgefahren, die von ihm für die schwer verletzte Frau Thüring empfangene Medicin aber im Hause des Doctors unter die Treppe gestellt, will dann mit Pferd und Wagen davon gefahren sein, den Wagen aber bereits in Steinersdorf haben stehen lassen. Erst später hat er dem Schulwitz eingestanden, daß er selbst mit zwei Helfershelfern den Mordversuch an der Frau Thüring ausgeführt hat, und auch er ist es gewesen, der bald nach der That und noch vor dem Eintreffen des Thüring, der sich in der Nachbarschaft zu einer Kirmesfeier begeben hatte — wegen der Ermordung seiner Wirthin Lärm machte, ohne daß er sie nach vollbrachter That noch einmal gesehen haben konnte. An Geld wurden bei Jimara, der Donnerstag durch Thüring und den Scholzen aus Weichdorf nach Löwen gebracht wurde, noch ungefähr 6 Thaler vorgefunden. Wo sich das Geld und Gold seines Wirthes Thüring befunden, will Jimara genügt haben. Den auf dem Wagen vorgefundenen alten Rod hatte Jimara bereits zu reinigen gesucht und dieser Rod ließ die vorgenommene Reinigung schon erkennen, als Jimara den Doctor abfuhr.

Sprechsaal.

Lagerhaus.

Es kann dem hiesigen Handelsstande die schleunige Errichtung eines Lagerhauses nicht dringend genug empfohlen werden, oder soll diese von allen Seiten als höchwichtig erkannte Einrichtung erst in's Leben treten, wenn dem norddeutschen Handel bereits unheilbare Wunden geschlagen sind?

In der Metropole unseres Nachbarstaates Oesterreich ist man in richtiger Erkenntniß der vorliegenden Handels-Interessen mit Errichtung eines solchen Hauses erst vor einem Monat vorgegangen und schon sind durch die Vergünstigungen des Wiener Lagerhauses namhafte Waarenposten dem schlesischen Handel entzogen, der auf's Höchste bedroht erscheint, wenn Breslau mit Errichtung eines solchen Lagerhauses nicht schleunigst nachfolgt. Hier ist wirklich Gefahr im Verzuge, das sollte eine erste Aufgabe der betheiligten Kreise sein, dem drohenden Nothstande durch rasches Handeln einen Damm zu setzen.

[Vereinigte Königs- und Laurahütte-Actiengesellschaft.] Der „B.-B.-C.“ schreibt: Vor einigen Tagen ist der Vertrag perfect geworden, durch welchen der von uns bereits vor längerer Zeit angebotene Verkauf einer größeren, der Vereinigten Königs- und Laurahütte-Actiengesellschaft gehörigen Parzelle an den Bergschütz abgeschlossen ist. Der ganze Preis, so wie die Ausdehnung der abzutretenden Parzelle ist noch nicht ganz definitiv festgestellt, doch beträgt das zu verkaufende Object etwas mehr oder etwa 130,000 bis 140,000 Thaler. — Wie erinnere ich, hatte die Vereinigte Königs- und Laurahütte vor geraumer Zeit das Gut Ober-Lagewitz gekauft. Bei dem Verkaufe handelt es sich nun um einen Theil dieses Gutes, das Vorwerk Heidut. Für den Bergschütz lag gewissermaßen die Nothigung zum Ankauf dieser Parzelle darin, daß die schlesische Königsgrube sich unter jenem Terrain erstreckt, so daß der gleichzeitige Besitz desselben für die Grube seine Wichtigkeit hatte. Der Verwaltungsrath der Vereinigten Königs- und Laurahütte hat den Verkauf bereits seit geraumer Zeit genehmigt, doch ist noch kein bestimmter Beschluß über die Veräußerung der aus demselben fließenden Geldmittel ermißt worden. Erst nachdem die Uebergabe des Terrains geschehen und der Kaufpreis völlig präcis berechnet ist, wird eine derartige Beschlußfassung möglich sein, doch glauben wir schon heute versichern zu können, daß der ganze Betrag nicht zur Gewinnvertheilung herangezogen, sondern vielmehr in Reserve gestellt werden wird, um so mehr, als derselbe ja einem bisherigen Activposten der Bilanz entsprochen hat.

Pest, 15. Nov. [Bei der heute stattgehabten Ziehung der ungarischen Loose] fiel der Haupttreffer von 150,000 Fl. auf Nr. 7 der

Wittwe Blantenfeld, Neumarkt 8,
Borberhaus 4 Treppen.